

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pfg. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

Nr. 21.

Köln, den 20. Mai 1904.

V. Jahrgang.

Verbandsmitglieder! Stärkt den Verband durch Gewinnung neuer Mitglieder!
Stärkt den Verband durch Eure Opferwilligkeit! ☺☺☺

Zum dritten Verbandstag in Düsseldorf!

Wenn die Mitglieder diese Zeilen zu Gesicht bekommen, werden die meisten Delegierten bereits reisefertig sein, um hinzufahren nach der schönen, rheinischen Kunst- und Handelsstadt Düsseldorf, dem Tagungsort des dritten Verbandstages. Düsseldorf, das sich in den letzten Jahrzehnten prächtig entwickelt hat, das, wie kaum eine zweite Stadt, an dem kulturellen Fortschritt in Deutschland teilgenommen, hat — und das ist für uns gewiß nicht Nebenache — auch eine hoffnungsvolle christliche Arbeiterbewegung aufzuweisen. Wir erinnern da zunächst an jenen konfessionellen Arbeiterverein, der uns in der freundlichsten Weise seine Räume zum Verbandstage zur Verfügung gestellt hat. Es ist der Verein christlicher Arbeiter und Handwerker, der von jeher auf seinem Gebiete für das Wohl der Arbeiter durch die Tat eingetreten ist. Aus kleinen Anfängen hat der Verein es verstanden, sich in Düsseldorf eine Machtstellung zu erringen; über 2000 Arbeiter sind heute unter seiner Fahne versammelt. Ein großes Holzplätzchen für Arbeiter, mehrere prächtige Säle, in denen die Arbeiter ihre Staubangelegenheiten beraten können, vier große Häuser, in denen eine Reihe Arbeiterfamilien gegen mäßige Miete wohnen, nennt heute der Verein sein Eigen. Und was wir noch besonders rühmend hervorheben möchten, der Verein ist von der Gründung her christlichen Gewerkschaften an jederzeit für dieselben eingetreten. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, jenes vortrefflich redigierte Arbeiterblatt, ist in Düsseldorf in annähernd 8000 Exemplaren verbreitet. Wenn wir recht unterrichtet sind, war der Verein christlicher Arbeiter und Handwerker der erste seinesgleichen in Deutschland, der mit der Errichtung eines Arbeitersekretariats voranging. Durch die Mitwirkung des Vereins ist es ebenfalls gelungen, einen Arbeiter in's Stadtparlament zu wählen. Alles dies legt Zeugnis dafür ab, daß die konfessionelle Arbeiterbewegung in Düsseldorf ihre ersten Aufgaben richtig erfaßt hat und der Lösung derselben eifrig zusteuert.

Nicht minder aber ist die christliche Arbeiterschaft Düsseldorfs auch bestrebt, unsere Gewerkschaftsbewegung zu fördern und zu festigen. Die Arbeiter in Düsseldorf waren mit die ersten, welche nach Gründung der einzelnen Zentralverbände Zahlstellen errichteten. Es geschah dies, wie in so mancher anderen Großstadt in einer Zeit, wo die sozialdemokratischen Organisationen bereits tausende von Mitgliedern in Düsseldorf zählten, die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die christliche Gewerkschaftsbewegung im Keime zu erstickten suchten. Vergebens! Die christlichen Gewerkschaften waren sich der Notwendigkeit unserer Gewerkschaften bewußt und hielten mit fester und sicherer Hand dem Ziele zu. Heute sind bereits in Düsseldorf sämtliche christliche Verbände derart erstarkt, daß sie bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein entscheidendes Wort mit reden. Greifen wir als Beispiel die Zahlstelle unseres Verbandes, die uns ja am nächsten liegt, heraus. Ganze 5 Kollegen waren es, die den ersten Anstoß zur Gründung der Zahlstelle gaben; bald wuchs die Zahl der Mitglieder aus Anlaß der ersten Versammlung auf 65, und heute sind es ihrer 400, die dem Verbande angehören. Dabei sind die Kollegen in Düsseldorf immer bemüht gewesen, auch außerhalb der Stadtgrenze unseren Verband zu verbreiten. Von Düsseldorf aus gingen gleichsam die ersten

Sendboten in die Nachbarstädte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und gründeten hier neue Zahlstellen. Was wir, ohne zu schmeicheln, noch besonders an unseren Kollegen in Düsseldorf lobend hervorheben möchten, ist, daß dieselben aus eigener Kraft sich emporgeschwungen haben. Gerade dies könnte mancher Zahlstelle als Muster dienen. Wie haben wir gehört oder gelesen, daß die Kollegen in Düsseldorf sich beschwerten über die viele gewerkschaftliche Arbeit, daß sie anderweitige Hilfe verlangten usw. Aus eigener Kraft! war ihre Devise, und darum haben sie es zu dem gebracht, was sie sind.

Wenden wir uns nunmehr, nachdem wir ein kurzes Bild der Arbeiterbewegung an dem Orte unseres diesjährigen Verbandstages entrollt, lechterem selbst zu. Ernste Arbeit werden auch diesmal die Delegierten auf dem Verbandstag vorfinden. Von den Beschlüssen der Delegierten wird die fernere Entwicklung des Verbandes wesentlich abhängen. Dabei wird, wie das ja auch schon in einem früheren Artikel dargelegt worden und wie dies ferner aus der — selber sehr dürftigen — Diskussion im Verbandsorgan zu ersehen ist, die neue Beitragsfestsetzung die Hauptrolle spielen. Wir wollen es diesmal unterlassen, neue Gründe für eine Beitragserhöhung in's Feld zu führen. Den Delegierten dürfen wir wohl das volle Vertrauen schenken, daß sie als überzeugte Gewerkschafter nach bestem Ermessen zum Wohle des Verbandes und der Mitglieder die Entscheidung fällen. Der Schwerpunkt bei der Beitragserhöhung liegt weniger in der Frage: „Sollen wir den Beitrag erhöhen oder nicht?“ als vielmehr darin, „die Leistungen des Verbandes den Beiträgen entsprechend zu begrenzen“. Die Delegierten werden also zu entscheiden haben darüber, ob es besser für unseren Verband und seine Mitglieder ist, bei niederen Beiträgen niedere Unterstützungen, oder bei höheren Beiträgen hohe Unterstützungen zu leisten. Einige besonders „kluge“ Mitglieder werden wie immer die Beitragsfrage in der bekannten Weise lösen: niedere Beiträge und hohe Unterstützungen. Doch mit diesen Mitgliedern kann in einem Verbandsverband, der vorwärts strebt, niemals ernstlich gerechnet werden. Dieselben gehören, Gott sei Dank, in unserem Verbandsverbande auch in die Reihe der seltenen Exemplare. Die übergroße Mehrzahl unserer Mitglieder huldigt der gesunden Ansicht, daß bei 20 Pfg. Beitrag nicht das an Unterstützung geleistet werden kann bei Streiks, Arbeitslosigkeit usw., wie bei einem Beitrag von 30, 35 und 40 Pfg. Damit kommen wir auf die Dauer nicht weit, wenn wir den halben Beitrag erheben, wie die sozialdemokratischen Verbände, bei Streiks aber dieselbe Unterstützung zahlen sollen.

Von der Festsetzung des Beitrages wird also, wie oben ausgeführt, einzig und allein auch die Neuregelung der Unterstützungen abhängen. Vorläufig dürfte es daher überflüssig sein, die Unterstützungsanträge an dieser Stelle näher zu besprechen. Nur auf einen Unterstützungsweig, der dringend einer Abänderung bedarf, sei jetzt schon hingewiesen, es ist dies die Streikunterstützung. Bis jetzt wurde nach den statutarischen Bestimmungen die Streikunterstützung bei Angriffstreiks erst nach Ablauf von 8 Tagen an gewährt. Dies führt aber, wie die Vergangenheit bewiesen, fast bei jedem Streik zu unliebsamen Auseinandersetzungen. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, die Karenzzeit für Streikunterstützung bei allen Streiks gleichmäßig

festzusetzen; ebenso erscheint es ratsam, die Höhe der Streikunterstützung im Statut festzulegen.

Was die Errichtung von Sekretariaten angeht, so wäre es gewiß wünschenswert, alle Anträge annehmen und durchführen zu können. Allein auch hierbei heißt es für uns: maßhalten. Es wird dann auch zu erwägen sein, ob wir für die Zukunft die Anstellung von Bezirksbeamten nach festgelegten Grundätzen vornehmen sollen. Die Sache ließe sich vielleicht so regeln, daß in jedem Bezirk mit 1000 Mitgliedern ein Kollege freigestellt würde, wenn der Bezirk selbst einen bestimmten Teil der Kosten dazu aufbringt.

Die Vergrößerung und die den Wünschen der Antragsteller entsprechende Ausstattung des Verbandsorgans wird in der Hauptsache davon abhängen, ob es notwendig ist, die dazu erforderlichen erhöhten Geldmittel aufzuwenden, oder aber ob es vorläufig zweckmäßiger ist, die Geldmittel lieber für andere Zwecke bereit zu halten. Meistens wird bei diesen Anträgen die Geldfrage vollständig außer acht gelassen.

Außer mit den gestellten Anträgen werden die Delegierten sich noch mit mehreren anderen wichtigen Verbandsangelegenheiten zu befassen haben. An Arbeit wird es also nicht fehlen auf dem diesjährigen Verbandstag. Mögen die aus den ersten Beratungen hervorgehenden Beschlüsse mit dem besten Erfolge für die Kollegen und den Verband gekrönt werden.

Wir schließen, indem wir allen Delegierten zurufen: **Seid herzlich willkommen zum dritten Verbandstag in Düsseldorf!**

Obwohl wir bereits vor der Türe des Verbandstages stehen, halte ich es doch noch für gut, meine Ansicht über einiges, mit dem sich der Verbandstag vornehmlich zu befassen haben wird, zum Ausdruck zu bringen. Zunächst einige Worte über das schon so oft erwähnte Süddeutsche Sekretariat mit dem Sitz in München, welches nach Ansicht einiger Kollegen, die aber wohl die süddeutschen Verhältnisse nicht kennen dürften, überflüssig sein soll. Es wurde als Lokalpatriotismus bezeichnet, daß sich die Konferenz in Ingolstadt für die Erhaltung des Sekretariats in München erklärt hat. Und doch verlangte die Konferenz nichts anderes, als wie die Erhaltung eines mit ziemlichen Opfern gegründeten Sekretariats und dessen Umgestaltung aus einem halben zu einem ganzen. Nach Lage der Verhältnisse hätte sich die Sache sehr gut machen lassen, da ja die Zahlstelle München einen Teil der Kosten dazu aufbringen wollte. Deshalb erscheint mir, und das dürfte ebenfalls bei den meisten Kollegen der Fall sein, die Stellungnahme des Zentralvorstandes hierzu sehr sonderbar, umso mehr, als derselbe zur Schaffung eines Sekretariats für den Gesamtverband zu den größten Opfern bereit ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß ein Sekretariat für den Gesamtverband nicht notwendig wäre; aber das wird man zugeben müssen, daß für die Holzarbeiter ein eigenes Sekretariat weit größeren Vorteil hätte. Man spricht sonst immer davon, es sollten in der Agitation keine Mittel gespart werden. Diesen Grundsatz sollte man aber dann auch in Süddeutschland in Anwendung bringen. In Bayern allein mit seiner überwiegend christlich gesinnten Bevölkerung könnten noch eine ganze Menge Zahlstellen gegründet werden. Zunächst

haben wir anfangs unserer Bewegung in Bayern eine größere Anzahl Zahlstellen gehabt wie jetzt. Das Eingehen so mancher Zahlstelle ist nach meiner Ansicht hauptsächlich auf das Fehlen einer Triebkraft zurückzuführen. Hieraus ist zu ersehen, daß es nicht schwer wäre, neue Zahlstellen zu errichten, nur muß dann auch mehr für deren Erhaltung geschehen. Es bezieht sich dies auf fast alle größeren Orte Bayerns, die meistens auch alle eine mehr oder minder große Holzindustrie haben. Ein namhaftes Agitationsgebiet wäre der ganze Norden Bayerns, wo eine ausgedehnte Holzindustrie zu finden ist; es kommen hier große Sägereien, Holzbearbeitungs- und Möbelfabriken in Betracht. Wenn hier eine planmäßige Agitation entfaltet würde, dürfte dieselbe von Erfolg gekrönt sein und zwar umso mehr, als hier der Frankfurter Kongress den christlichen Gewerkschaften die Wege geebnet hat. Ohne freigestellte Kraft geht die Sache allerdings nicht und wir geben, wenn nichts geschieht, die Kollegen einfach den Segnern preis.

Was nun die Anwendung anbelangt, München liege nicht im Zentralpunkt und sei deshalb ungeeignet, so halte ich diese nicht für stichhaltig; denn sonst müßte die Zentralstelle ja auch von Köln verlegt werden, weil sie nicht im Mittelpunkt Deutschlands liegt. Also auf die Lage eines Ortes allein kann es nicht ankommen. Die Agitation läßt sich bei planmäßiger Einteilung auch von einem minder günstigen Ort aus billig betreiben. Wichtiger erscheint es mir, wenn ein Sekretariat dort errichtet wird, wo auch der Zentralpunkt anderer christlicher Vereine sich befindet. Es läßt sich dann sehr leicht auch mit den Führern dieser Vereine eine Verbindung herstellen. Ferner muß bei Errichtung eines Sekretariats auf die Stelle Rücksicht genommen werden, wo die Gegner eine starke Position haben, weil hier für unsere Kollegen die Lage eine schwierige ist. Dies sind einige Gründe, die bei der Beratung der Angelegenheit nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Eine weitere wichtige Frage für den Verbandstag ist die Beitragserhöhung. Die Zahlstelle München stellt, wie bekannt, den Antrag, Staffelleistungen einzuführen, obwohl München selbst schon seit einem Jahre 30 Pfg. Beitrag erhebt, ohne irgend einen Nachteil. Im Prinzip bin auch ich für 30 Pfg. Beitrag; aber mit Rücksicht darauf, daß es unsere Aufgabe sein muß, selbst in den kleinsten Ort einzubringen, was vorläufig mit hohen Beiträgen nicht möglich ist, erscheint es mir taktisch unklug, mit der Einführung unserer Gewerkschaftsbewegung hier so lange zu warten, bis die Arbeiter opferwillig genug sind. Wir müssen erst die Arbeiter gewinnen und sie zur Opferwilligkeit erziehen. Meine Ansicht ist die, daß man zwar nirgends mit den Beiträgen zurückgehen darf, daß aber für die Orte, wo der Verdienst weniger wie 2 Mk. pro Tag beträgt, ein niedriger Beitrag angelegt wird. Wir müssen auch hierbei die Verhältnisse berücksichtigen und dieselben nehmen wie sie sind und nicht wie sie sein sollen. Beschließt der Verbandstag in diesem Sinne, dann wird dies dem Verbandsrat nur förderlich sein.

München.

Schwarzer.

Rundschau.

Die Geschäftslage im Holzgewerbe. Die Lebhaftigkeit des Geschäfts auf dem Rohholzmarkt läßt nach dem „Arbeitsmarkt“ auf eine stottere Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industrie zweige schließen. Die Holzpreise bewegen sich durchweg in aufsteigender Richtung. Auf dem ostdeutschen Holzmarkt hatte man bei Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Japan ein starkes russisches Angebot erwartet, da man annahm, die russischen Holzexporter würden bei dem starken Geldbedarf Rußlands geneigt sein, zu billigen Preisen ihre Rohholzbestände abzugeben. Indessen ist diese Erwartung nicht eingetroffen. Wenn auch keine Preissteigerungen eingetreten sind, so machte sich doch trotz der starken Zurückhaltung der Einkäufer kein Herabgehen des Preisniveaus bemerkbar. Gestiegen sind dagegen auf dem Rohholzmarkt die Preise für deutsches Holz. Namentlich hat die neuerdings wieder begonnene Verwendung von Buchenschwellen im Bereiche der preussischen Eisenbahnen den Preis für Buchenholz so sehr in die Höhe getrieben, daß die Branchen des Holzgewerbes, die Buchenholz verarbeiten, mit einer erheblichen Verteuerung ihres Rohstoffes rechnen müssen. Die ersten Bearbeiter von Rohholz, die Sägemühlen, sind gegenwärtig fast in allen Gegenden Deutschlands gut beschäftigt.

Die Nachfrage nach Bauholz und nach Brettern ist befriedigend, wenn auch in Süddeutschland infolge der Konkurrenz Oesterreich-Ungarns über die Bretterpreise geklagt wird. In der Bautischlerei ist der Beschäftigungsgrad lebhaft und entspricht ganz der Regsamkeit im Baugewerbe. Auch in der Möbelschlerei gibt es im allgemeinen reichlich zu thun. Nicht nur die Orte mit niedrigem Lohnniveau, deren Konkurrenz einen großen Teil der an den Markt kommenden Aufträge vorwegnimmt, sondern auch die großen Plätze sind gut beschäftigt. So kamen z. B. in Berlin zu den alten Aufträgen, die noch aus dem Jahr 1903 in das laufende Jahr herübergenommen wurden, reichlich neue Bestellungen, sodaß fast durchweg voll und unter Vermehrung der Beschäftigten gearbeitet werden kann. Auf dem Arbeitsmarkt machen sich die Wirkungen der Tarifverträge günstig bemerkbar, indem daß im Monat April stärkere Angebot dort, wo solche Verträge bestehen, keine Gefährdung der Lohnverhältnisse zur Folge hatte. Es ist daher das Bestreben der Arbeiter, Tarifverträge mit Anerkennung eines Minimallohnes, wo nur immer möglich mit den Arbeitgebern abzuschließen. Schlecht ist der Geschäftsgang in den Drechslerereien; die Zahl der Arbeiter an den größeren Plätzen geht fortwährend zurück. Während es in Berlin 1900 noch circa 1200 Drechslergehilfen gab, sind es gegenwärtig nur noch an 900. Auch von diesen sind aber im Höchstsfall 750 als Drechsler thätig, die übrigen sind wegen verminderter Arbeitsgelegenheit in anderen Berufen thätig. In der Musikinstrumentenbranche befriedigt der Geschäftsgang nicht; es muß vielfach auf Lager gearbeitet werden, um die Beschäftigung voll aufrecht zu erhalten. Die Spielwarenindustrie hatte kurz vor Ostern recht lebhaft zu thun. Auch jetzt liegen aus dem Ausland noch recht erhebliche Aufträge vor, die wenigstens für einige Zeit hinreichend Arbeitsgelegenheit bieten.

Handwerk und christliche Gewerkschaften. In Köln fand in der Woche vom 8. bis 15. Mai eine Ausstellung von Meister- und Gesellenstücken statt. Bei der Prämierung erhielten eine ganze Reihe tüchtiger Gewerkschafts-Mitglieder Preise, unter andern den ersten Preis unser früheres, mehrjähriges Vorstandsmittglied Wilhelm Bongarts. Damit ist der Beweis geliefert, daß die christlichen Gewerkschaften dem Fortwärtstreben eines Handwerksgehilfen durchaus nicht hinderlich sind, wie man es so gern von mancher Seite behauptet.

Erlaß zur Unterstützung Lungenkranker. Der Reichsanzler hat an die Bundesregierungen einen Erlaß gerichtet, der darauf abzielt, den Gemeinden die Unterstützung Lungenkranker zu empfehlen. Der Erlaß lautet:

„In dem Kampfe gegen die Tuberkulose spielt seit einigen Jahren die Heilstättenbehandlung der Lungenkranken eine wichtige Rolle. Die Anwendung dieses Mittels hat durch eine unterm 19. Oktober 1901 ergangene Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen wesentliche Förderung erfahren. In dieser Entscheidung ist ausgesprochen worden, daß die Unterbringung in eine Heilstätte dann mit zu den pflichtmäßigen Aufgaben der öffentlichen Armenpflege gehört und somit die Erstattung der hierfür aufgewendeten Kosten von dem endgültig verpflichteten Armenverbande verlangt werden kann, wenn eine solche Unterbringung nach ärztlichem Gutachten das einzige, einen wesentlichen Heilerfolg versprechende Mittel bildet. Trotzdem scheitert zuweilen die Verbringung in eine Heilstätte an dem Umstande, daß der Kranke es vermeiden will, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen, zumal der Bezug von Armenunterstützung bekanntlich gewisse Nachteile öffentlich-rechtlichen Charakters (Verlust der Wahlberechtigung und Wahlfähigkeit usw.) zur Folge hat. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, haben sich neuerdings verschiedene große Stadtgemeinden dazu entschlossen, für die Unterbringung bedürftiger Lungenkranker in Heilstätten in möglichst weitgehendem Maße Stiftungsgelder verfügbar zu machen. Wo dies mangels geeigneter Stiftungen nicht zu ermöglichen ist, würde es im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der verheerenden Volkskrankheit von großem Werte sein, wenn seitens der Gemeinden oder weiterer kommunaler Verbände zu dem angegebenen Zweck besondere Fonds, deren Verwendung für Unterbringung Lungenkranker in Heilstätten nicht das Merkmal der Armenunterstützung an sich tragen würde, stiftungsgemacht werden könnten. Bei der hohen

Bedeutung dieser Frage habe ich nicht unterlassen wollen, die Aufmerksamkeit auf diese zu lenken und der Ermägung anheimzugeben, ob es sich nicht empfehlen möchte, bei den dortigen in Betracht kommenden Kreisen die Ergreifung gleichartiger Maßnahmen in Anregung zu bringen.“

Es ist gewiß freudig zu begrüßen, wenn von allen Seiten die Lungenkranken thätig unterstützt werden. Besser jedoch ist es, wenn durch entsprechende Maßnahmen der Krankheit vorgebeugt wird. Hierzu gehören vor allen Dingen: Gesunde und möglichst staubfreie Arbeitsplätze, gesunde und luftige Wohnungen, eine geregelte und den körperlichen Kräften der Menschen entsprechende Arbeitszeit und Arbeitsweise usw. Diejenigen, welche die genannten Ziele mit Eifer verfolgen, sind die besten Streiter im Kampfe gegen die Lungenkrankheit.

Aus dem sozialdemokratischen Paradies. Die Sozialdemokratie ist dafür bekannt, daß sie den Arbeitern viel verspricht und wenig gibt. Was man jedoch anlässlich des ersten Mai den Arbeitern in Hannover versprochen, geht einfach über den Horizont. Nach einer bis jetzt unwiderprochenen Mitteilung in der Tagespresse ist wörtlich in der Festzeitung zur Maßfester in Hannover zu lesen:

„Ihr Arbeiter, ihr werdet einst auf eigenen Wagen fahren, mit eigenen Schiffen touristisch die Meere durchkreuzen, in Alpenregionen Klettern und Schönheitstrunken durch die Gelände des Südens, der Tropen schweifen, auch nördliche Zonen bereisen; oder ihr fauft mit eurem Luftgespann über Erden im Wettflug von Wolken, Winden und Sternen dahin. Nichts wird euch mangeln, keine irdische Pracht gibt es, die euer Auge nicht schaut. Fragt ihr aber, wer euch solches bringen wird? Nun: einzig allein der sozialdemokratische Zukunftsstaat! Er ist die Erfüllung unserer kühnsten Träume! Was je euer Herz ersehnt, was euer Mund erwartungsschauernd in stammelnde Worte gelleidet, dann habt ihr das lebhaftige Evangelium des Menschenglücks auf Erden. Schon brach der Morgen an; halb muß der Tag in goldiger Helle erstrahlen!“

Diesen Unfuss magt man von Seiten der Sozialdemokraten heute noch den Arbeitern zu bieten. Was schrieb doch der Genosse Mehring nach dem Dresdener Parteitage: „Schwindelblase!“

Gewerkschaftliches.

Ein neuer christlicher Zentralverband. Am letzten Sonntag fand in Köln eine Konferenz statt zwecks Gründung eines Verbandes für das graphische Gewerbe. Aus einer Reihe Städte, in denen schon zum Teil Lokalorganisationen bestanden, waren Delegierte anwesend. Das Resultat der Besprechung war die Gründung eines Verbandes mit dem Titel: „Zentralverband der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe“. Der Beitrag wurde auf 35 Pfg. die Woche festgesetzt.

Der Hirsch-Dunkersche Gewerksverein der Tischler hielt in der Zeit vom 25. April bis 1. Mai in Düsseldorf seinen elften Delegiertentag ab. Der Gewerksverein zählt zur Zeit 8000 Mitglieder. Seine Einnahmen betragen in den letzten fünf Jahren 246 496 Mk., die Ausgaben 292 523 Mk. Das Vermögen ist also um 46 027 Mk. gesunken. Der Delegiertentag beschloß, um eine bessere Agitation in Zukunft zu ermöglichen, in den einzelnen Bezirken und Landesteilen Bezirksagitationsleiter anzustellen. Die Kosten dazu trägt zur Hälfte der Generalrat und die übrige Hälfte müssen die Bezirke aufbringen. Ein Bezirk mit einem freigestellten Beamten muß jedoch mindestens 1000 Mitglieder haben. Außerdem sollen noch 12 unbefohlene Agitationsleiter angestellt werden. Ueber einen Antrag, den Beitrag zu erhöhen, wurde diskutiert; das Ergebnis wird jedoch nicht mitgeteilt. Die Delegiertenversammlung soll in Zukunft alle drei Jahre, statt bisher alle fünf Jahre, stattfinden. Als neuer Verbandsbeamter wurde Schuhmacher-Düsseldorf gewählt. Derselbe soll hauptsächlich agitatorisch thätig sein. Das Gehalt der Beamten wurde auf 160 Mk., das des Redakteurs auf 180 Mk. festgesetzt.

Der Bund deutscher Zimmermeister und seine Stellung zu den Tarifverträgen. Der Bund deutscher Zimmermeister nahm am 16. April in einer Verwaltungsratsitzung zu Düsseldorf Stellung zu den Tarifverträgen und zwar in vernünftiger Weise.

Der Vorsitzende führte aus, er stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß es heutzutage das

Richtigste sei, wenn man mit den Gesellen einen Tarif abschließe, denn durch einen Streik werden beide Teile geschädigt und es werde unnötige Erbitterung erzeugt, die weder dem Meister noch dem Gesellen Nutzen bringe. Die zwischen den Meistern und den Gesellenorganisationen abgeschlossenen Arbeitsverträge würden auch von den Gewerbeberichten stets als gültig und maßgebend anerkannt, selbst wenn die betreffenden Personen, welche die betreffenden Verträge unterschrieben haben, nicht mehr am Orte sind. In demselben Sinne sprach Herr Eard-Rassel. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Verwaltungsrat erklärt, daß er dem Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Meistern und Gesellen wohlwollend gegenüberstehe.

Dem Bunde gehören bis jetzt an: der Verband der Zimmermeister von Berlin und Umgebung, die Zwangsinnung der Zimmermeister für den Stadt- und Landkreis Rassel, der Unterverband der Zimmermeister im Handwerkskammerbezirk Köln, der Verband der Zimmermeister für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf, die Zimmermeister-Innung für Breslau, der Verband pfälzischer Zimmermeister, der Verband badischer Zimmermeister, der Verband hessischer Zimmermeister, der Verband württembergischer Zimmermeister und die Vereinigung der Zimmermeister von Wiesbaden und Umgebung. Die Gesamtmitgliedszahl soll bis jetzt über 1400 betragen. Auch soll demnächst in Metz eine Versammlung der elsass-lothringischen Zimmermeister stattfinden behufs Gründung eines Unterverbandes für die Reichslande.

Lohnbewegung.

An Orten, wo Differenzen ausgebrochen sind, ist der Zugang strengstens fernzuhalten. Wird über den Stand der Differenzen der Verbandsleitung nicht jede Woche Mitteilung gemacht, so fällt die Warnung weg.

Zugang ist fern zu halten von Schreibern, Stellmachern, und Zimmerleuten nach **Sippstadt**. — Von Schreibern nach **Offenbach**, **Bossum** (Firma Alenhövel), — von Zimmerleuten nach **Münster** (Firma Greve). — Holzarbeiter nach **Wormen** (Firma Häuser & Sohn).

Kollegen die nach **Kachen** reisen werden gebeten, bevor sie sich dort um Arbeit umsehen, beim Zahlstellenverhändlern zu melden.

Sippstadt. In voriger Nummer konnten wir berichten, daß die Meister im Gesellenverein „Teilhhaber“ suchen, die die streikenden Gesellen ersetzen sollen. Diesmal haben sich die Sippstädter Meister nach einer anderen Hilfe umgesehen: der Arbeitgeberschutzverband soll nunmehr einspringen. Wir lesen nämlich in der „Fachszeitung“:

„Auch in Sippstadt i. W. hat sich ein neuer Bezirksverband gebildet. Tischler, Zimmerer und Stellmacher daselbst befinden sich im Streik. Die geehrten Bezirksvorstände werden hierdurch gebeten, unsere Kollegen in Sippstadt durch Zuweisung von 6 Tischlern, 4 Zimmergesellen und 3 Stellmachern möglichst zu unterstützen.“

Dreizehn Gesellen wären demnach immerhin noch nötig in Sippstadt, trotz der Erklärungen der Meister, sie brauchten gar keine. Wir sind überzeugt, wenn 40—50 Gesellen angerückt kämen, wäre den Meistern lieber wie dreizehn. Die Wichtigkeit, daß sie nur 13 verlangen, ist jedenfalls auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß es doch nicht gelingt, selbst diese heranzuziehen. So leicht lassen sich nämlich die Gesellen heute nicht mehr von den Meistern, auch nicht, wenn diese dem Arbeitgeber-Schutzverband angehören, als Streikbrecher irgendwohin transportieren. Die krampfhaftige Mühe, Streikbrecher heranzuziehen, muß andererseits die Kollegen in Sippstadt zur äußersten Wachsamkeit veranlassen.

Bekanntmachung.

Während des Verbandstages, am 22. 23. und 24. Mai sind alle dringender Verbandsnachrichten nach Düsseldorf Louisestraße 33 (Paulshaus) zu senden. Mitteilungen, die für's Organ bestimmt sind, sende man möglichst frühzeitig ein, daß dieselben noch vor Pfingsten der Druckerei übergeben werden können.

Aus den Zahlstellen.

Witten. Am Sonntag den 8. Mai fand hier eine Sitzung, von Seiten des vor einigen Wochen gegründeten Kartells einberufene Gewerkschaftsversammlung statt. Der Zweck dieser ersten größeren allgemeinen Versammlung war den hiesigen Verhältnissen entsprechend zufrieden-

stellend, haben wir doch erst im Januar dieses Jahres die ersten Anfänge zur christlichen Gewerkschaftsbewegung gemacht. Als Redner hatte das Kartell Herrn Arbeiter-Sekretär Giesberts, M. Gladbach und ein Mitglied des christlichen Schneiderverbandes, Kollege Hartwig aus Gelsberg gewonnen. Letzterer hielt das erste Referat und betonte, daß die christlichen Gewerkschaften große kulturelle Aufgaben zu erfüllen hätten. Der Arbeiter sei bei unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu kurz gekommen und werde nicht als gleichberechtigt mit den andern Ständen anerkannt. Dieses müsse anders werden und es sei deshalb nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht für jeden Arbeiter, sich zu organisieren, denn nur durch Zusammenschluß ließe sich im Wirtschaftsleben etwas erreichen. Der Redner zeigte dann recht klar, daß die christlichen Gewerkschaften interkonfessionell sein müßten, alle auf christlichem Boden stehenden Arbeiter müßten sich hier die Hand reichen, dieses sei so klar, daß man eigentlich keine Worte mehr hierüber verlieren solle. Herr Arbeiter-Sekretär Giesberts sprach dann über das Thema: „Was wollen die christlichen Gewerkschaften?“ Einleitend wies der Redner darauf hin, daß heute fast kein Gebiet das öffentliche Interesse so in Anspruch nehme, als die Gewerkschaftsbewegung. Jeder, der einigermaßen mit der Zeit voranschreite, sei gezwungen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Die Idee des wirtschaftlichen Zusammenschlusses sei die, daß sich gleichsinnige Interessenten vereinigen, um das zu erreichen für ihren Stand, wozu sie als Einzelpersonen nicht in der Lage sind und die Geschichte zeige uns, daß wir immer dort Vereinigungen fanden, wo Unterdrückte waren. Auch der deutsche Arbeiter befinde sich seit Jahren in einer verbesserungsbedürftigen Lage, er habe nicht dasjenige von den Kulturvätern erhalten, was ihm eigentlich zustiehe, daher sei die Organisation eine rein natürliche Notwendigkeit. Die Bevölkerung Deutschlands sei in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges ganz rasch gewachsen. Während 1810 in Deutschland 24 1/2 Millionen Menschen wohnten, müßten heute auf demselben Flächenraume 56 1/2 Millionen Menschen ernährt werden. Die Möglichkeit sei vorhanden, daß die Einwohnerzahl sich gegen im Jahre 1810 verdreifachen würde, es müßte daher dafür gesorgt werden, daß in unserer Industrie, welcher nun einmal ein sehr großer Teil unserer Bevölkerung angehört, gesunde Verhältnisse eintreten. Der große Stand der Lohnarbeiter und deren Familien seien auf den täglichen Lohn angewiesen, das Wohl und Wehe dieser vielen hänge am ehesten von den Lohnverhältnissen ab und es sei zu begreifen, wenn der Arbeiter seine Aufgaben als Vater und Ernährer ernst nähme und im Zusammenschluß Schutz suche. Der Referent ging dann auf den freien Arbeitsvertrag ein und zeigte recht klar, wie wenig dieser Vertrag die Bezeichnung frei verdiene. Millionen von Arbeitern haben nicht das Recht mitzuwirken an der Gestaltung der Bedingungen unter denen sie täglich arbeiten müssen, sie sind ohnmächtig gegenüber dem Kapital, wenn es sich um Abschluß des Arbeitsvertrages handelt. Und doch sei es uraltes Recht des Arbeiters hier mitzureden, denn er muß seine Gesundheit, seine geraden Glieder sehr oft lassen in den gefährlichen Betrieben bei Bedienung der Maschinen, bei zu langer Arbeitszeit u. dgl. Nur die Organisationen seien es, welche dem Arbeiter bessere Zustände bringen können. Zum Schluß kam der Redner besonders auf die Schulung und Bildung der Arbeiter zu sprechen und ermahnte die Mitglieder sich recht fleißig an dem hier ins Leben gerufenen Unterrichtskursus zu beteiligen, denn nur dann kann der Arbeiter etwas dauerndes erreichen, wenn er klare Ziele hat, diese genau kennt und mit Klugheit zu vertreten weiß. An diese Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion, fast alle Redner forderten zum Beitritt in die christliche Gewerkschaft auf. Von den recht zahlreich vertretenen Gegnern meldeten sich nur zwei zum Wort, welche behaupteten, die freien Gewerkschaften seien nicht sozialdemokratisch und auch nicht antireligiös. Trotzdem diese nichtsagenden Ausführungen schon durch die Referate erledigt waren, machten die Diskussionsredner den Einwendungen völlig den Garaus. Es meldete sich dann eine recht beträchtliche Zahl der Erschienenen zum Beitritt. Nachdem der Kartellvorsitzende dann noch zum treuen Festhalten an den Gewerkschaften aufgefordert hatte, fand die schön verkaufene Versammlung um 8 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung ihr Ende. Nunmehr heißt es, eifrig weiterarbeiten für die gute Sache.

Duisburg. Duisburg, die bedeutendste Industriestadt am Niederrhein, gehört leider mit in die Reihe der wenigen deutschen Großstädte, in der die Bauarbeiterschaft heute noch um den Jehnsundentag kämpfen muß. Mancher Kollege aus einem kleineren Orte wird sich vielleicht verwundert fragen, wie es denn möglich ist, daß Duisburg noch eine elfstündige und längere Arbeitszeit im Baugewerbe hat. Die Schuld liegt zum Teil an den Unternehmern und zum Teil an den Arbeitern. Es gibt wohl kaum eine zweite Stadt, wo das Baugewerbe derart vom Großkapital beherrscht wird, wie hier. Dazu kommt noch, daß die Inhaber der größten Baugeschäfte die einflussreichsten Stellungen in der Stadtbewirtschaft innehaben. Gegen diese Unternehmer haben die Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, wiederholt vergebens angekämpft, um bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. — Auch in diesem Jahre ist wiederum eine Bewegung der Arbeiter im Gange, um den Jehnsundentag zu erkämpfen. Die Unternehmer mit ihrem „Herr im Hause“-Standpunkt vereitelten von Anfang an jede friedliche Unterhandlung. So traten denn am 9. Mai die Zimmerer in den Aufstand. Leider geben sich in diesem Kampfe einige Baugeschäfte dazu her, Streikarbeit zu verrichten. Es wäre wirklich an der Zeit, daß alle hiesigen Schreiner sich ihrer Pflicht bewußt würden und sich organisierten. Noch immer will so manchen Kollegen die Erkenntnis nicht aufdämmern, daß nur durch gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterstand gehoben werden kann. Für Vereine aller Art ist Geld vorhanden, nur zur Förderung der Standesinteressen ist angeblich kein Groschen flüssig zu machen. Die Unternehmer geben sich selbstverständlich auch alle Mühe, den Arbeitern die Neberfähigkeit der Gewerkschaften klar zu machen. Wenn die Unternehmer wüßten, daß sich die Arbeiter anfangen zu

regen, gibt man ihnen auf kurze Zeit einige Kleinigkeiten, um sie so wieder gefügig und zufrieden zu machen. Nehmslich macht man es jetzt mit den Schreibern. Man gibt denselben 2—4 Pfg. die Stunde mehr und läßt sie dann Ueberstunden auf Ueberstunden machen. Es bleibt in Duisburg also noch eine gewaltige Arbeit an Aufklärung zu leisten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch die Kollegen, welche früher bereits unserer Zahlstelle angehört haben, daran erinnern, sich wieder anzuschließen. Nur in der Einigkeit liegt die Stärke. Ferner bitten wir alle Mitglieder, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und an der Stärkung unserer Zahlstelle nach Kräften mitzuarbeiten. Die nächste Versammlung ist am Samstag, den 28. Mai. Unsere Mitglieder fordern wir auf, nicht nur selbst zu erscheinen, sondern auch ihre befreundeten Kollegen mitzubringen. Wenn jeder in diesem Sinne thätig ist, dann werden auch in Duisburg bessere Verhältnisse eintreten. Wdgen die Kollegen sich stets bewußt sein, daß die Lage des Arbeiters nur durch den Arbeiter selbst gehoben werden kann. Ein jeder ist seines Glückes Schmied!

Niessenburg. Das Ortskartell der hiesigen christlichen Gewerkschaften hielt am 9. Mai eine große Arbeiterversammlung ab im Saale des Herrn Wlger mit der Tagesordnung: „Die Gewerbeberichte und das Proportionalwahlsystem“. Referent: Herr Arbeitersekretär Oswald. Dieser führte etwa aus: „Die Gewerbeberichte sind keine neue Einrichtung. Dieselben bestanden vielmehr schon im 14. Jahrhundert, wenn auch nicht so ausgestaltet wie heute und unter anderem Namen. Die Gewerbegerichte sind für die Arbeiter von größter Bedeutung, weil sie Standesgerichte sind. Jedes Urteil ist rechtskräftig und kann keine Berufung dagegen erhoben werden, wenn das Streitobjekt 100 Mk. nicht übersteigt. Während in Klagesachen am amtlichen Gericht die Termine monatelang hinausgeschoben werden, jedoch der Arbeiter vielfach nicht imstande ist, diese Zeit abzuwarten, finden die am Gewerbegericht eingebrachten Klagen schnelle Erledigung, in den meisten Fällen innerhalb einer Woche, oft schon am nächsten Tage. Ein nicht zu unterschätzender Faktor bilden die Gewerbegerichte besonders als Einigungsamt bei Streiks und bei Streitigkeiten in das Arbeitsverhältnis einschneidenden Fragen. Zu bedauern ist nur die Komplexweise bei Besetzung der Beisitzerämter zu den Gewerbegerichten. Ein Beisitzer muß als Richter unparteiisch sein und darf nicht sein Urteil zugunsten einer gewissen Partei, sondern nach Recht und Gewissen sprechen. Wir finden nun, daß sich unsere Sozialdemokraten eifrig bemühen, möglichst alle Gewerbegerichte mit ihren Leuten zu besetzen. Wenn auch die Gewerbegerichtswahlen nicht mehr hinter der Parteifahne geführt werden, sondern die Gewerkschaft vorgeschoben wird, so bleibt doch der Erfolg ein und derselbe. Die Sache ist nur einerseits für die Parteikasse günstig und andererseits gegen die Arbeiter nicht so abstoßend, wenn an Stelle der Partei die Gewerkschaft steht. Es ist darum ein berechtigter Wunsch der hiesigen christlichen Arbeitererschaft, wenn dieselbe von dem hiesigen Stadtmagistrat Niessenburgs das Verhältniswahlsystem eingeführt wissen will. Dadurch gelangt auch die Minorität zur Vertretung, und nur wenn letzteres der Fall ist, kann von einer Vertretung der gesamten Arbeiterschaft am Gewerbegericht gesprochen werden, wie sich auch anderweitig das Vertrauen zu dieser so wichtigen und sozialen Einrichtung haben wird.“

Berlin. In der Versammlung am 14. Mai hielt Kollege Kruel eine kurze Rundschau über die letzten Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung. Bei dem Punkt „katholische Fachabteilungen“ entspann sich eine lebhaftige Debatte. Die Diskussionsredner verurteilten ganz entschieden diese Bewegung und regten an, überall über dieselbe die nötige Aufklärung zu verbreiten. Erwähnenswert über diesen Punkt ist noch einiges aus den hiesigen katholischen Arbeitervereinen. Da die Präsidien fast ausnahmslos für die Fachabteilungen sind, so wird von dieser Seite aus mit Hochdruck für die Abteilungen gearbeitet. Der Erfolg ist allerdings minimal, weil viele Mitglieder der Arbeitervereine den „freien“ Gewerkschaften angehören. Da nun in fast allen Arbeitervereinen Berlins sich auch christliche Gewerkschaftler befinden, so läßt es sich nicht umgehen, daß bei irgend einer Sache auch die Gewerkschaftsfrage aufgerollt wird und die Diskussion mit gegenseitiger Erbitterung endigt. Nun ist im kathol. Arbeiterverein St. Pius, um Ruhe und Frieden im Verein zu erhalten, beschlossen worden, die Gewerkschaftsfrage aus der Debatte zu lassen. Das hindert aber die Beisitzer der Fachabteilungen nicht, ihre Sitzungen im Verein bekannt zu geben und dafür Propaganda zu machen. Als nun unsere Anhänger in einer der letzten Sitzungen dagegen Protest einlegten, wurde ihnen vom Vorsitzenden der Fachabteilung, dem Holzarbeiter Herrn Jeske, einem Renegaten unseres Verbandes, die Antwort zuteil, daß dieselben überhaupt kein Recht mehr hätten, für die christlichen Gewerkschaften innerhalb der Arbeitervereine zu agitieren. Und wer es dennoch thue, setze sich in Widerspruch mit dem Ziele, das sich der Verband der Arbeitervereine gestellt habe. Da nun die größte Zahl der Mitglieder der hiesigen Arbeitervereine der Gewerkschaftsfrage teilnahmslos gegenüber steht, bei Abstimmungen und anderen Anlässen aber der Meinung des Vorstandes gemäß handelt, so haben unsere Mitglieder dort einen schweren Stand und haben dieselben bereits einen allgemeinen Austritt aus den Arbeitervereinen erwogen. Man kann es schließlich den Kollegen nicht verdenken, wenn sie, des ewigen Gaders müde, den Arbeitervereinen den Rücken kehren.

Werden (Nhr). Am Samstag den 7. Mai hielten wir eine sehr gut besuchte Versammlung ab. In derselben hielt Kollege Meller-Oßen einen Vortrag über die Entwicklung der Maschinen in der Holzindustrie. Mehrere neue Mitglieder ließen sich in den Verband aufnehmen. Die Mitgliederzahl ist jetzt von 12 auf 30 gestiegen.

Krnsberg. Am Sonntag den 1. Mai hielten wir Versammlung ab mit Vorstandswahl. Gewählt wurden: August Kriegel 1. Vor., Arnold Behmthaler, 2. Vor., Johann Seewemann Kassierer, Theodor Rieder Schriftführer, Heinrich Jundt und Joseph Henke Beisitzer. Darauf hielt ein Mitglied unserer Zahlstelle einen Vortrag über Gewerbegerichte. Es wurde beschlossen dahin zu wirken, daß auch für den hiesigen Bezirk ein Gewerbegericht er-

